

Gemeinderat von Zürich

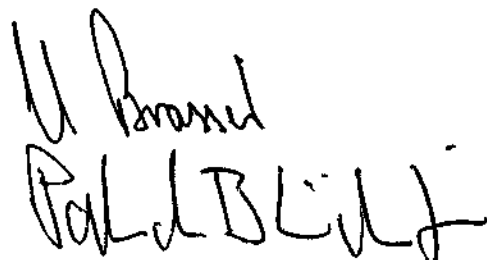
8. November 2006

Postulatvon Ueli Brassler (SD)
und Patrick Blöchlinger (SD)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, mit welchen Massnahmen (z.B. Vernetzung staatlicher Datenbestände, intensive Personenkontrollen an "neuralgischen Punkten") die aktive Fahndung nach illegalen Aufenthalttern verstärkt werden kann, so dass diese regelmässig nach kurzer Zeit entdeckt werden und der Repatriierung zugeführt werden können.

Begründung:

Es ist allgemein bekannt, dass gerade in Grossstädten wie Zürich sehr viele Personen ohne Aufenthaltsbewilligung leben. Oft werden diese erst nach Jahren entdeckt und erzwängen für sich dann nicht selten unter Berufung auf ihren langen (aber stets illegalen!) Aufenthalt dessen Legalisierung. Dies ist unverständlich. Es gäbe zweifellos zahlreiche Möglichkeiten, den Illegalen rasch auf die Schliche zu kommen, so dass sie von den zuständigen Behörden ausser Landes geschafft werden können. So hinterlässt z.B., wer hier lebt, fast zwangsläufig früher oder später in den Datenbeständen öffentlicher Einrichtungen Spuren. Würden die dort erfassten Personalien regelmässig mit den Datenbeständen der Personenmeldeämter verglichen, so könnten die meisten Illegalen relativ schnell gefasst werden. Es gibt zudem Örtlichkeiten – wie z.B. Bahnhöfe und deren Umgebung –, wo sich erfahrungsgemäss besonders häufig solche Personen aufhalten. Mit gelegentlichen, grösser angelegten Personenkontrollen an solchen Orten könnten ebenfalls viele Illegale entdeckt werden. Dies sind nur zwei mögliche Massnahmen, mit denen die Zahl der illegalen Aufenthalter rasch und stark reduziert und zugleich neue Illegale abgeschreckt werden könnten. Offensichtlich geschieht nichts, weil den politischen Behörden der Wille dazu fehlt. Das muss sich ändern.



Ueli Brassler
Patrick Blöchlinger